

Allerdings hat uns die Stadt Eupen mit Schreiben vom 1. Februar 2017 ihr Interesse an der Anmietung verschiedener Gebäudeteile mitgeteilt.

Die Regierung prüft derzeit mehrere Alternativen für die Nutzung des ehemaligen ZAWM-Gebäudes, und so gibt es auch Gespräche mit der Stadt Eupen. Diese haben jedoch einen vertraulichen Charakter, weshalb ich dazu zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussagen in der Öffentlichkeit machen werde.

Darüber hinaus kann ich Ihnen jedoch verraten, dass die Regierung eine Reihe von Optionen für die Nutzung des alten ZAWM-Gebäudes hat, dass momentan jedoch noch keine davon spruchreif ist und ich mich infolgedessen auch dazu nicht weiter äußern kann.

Ich möchte allerdings dem Eindruck des Kollegen Franzen widersprechen, dass das alte Parlamentsgebäude am Kaperberg immer noch nicht vom Staatsarchiv genutzt würde: Das Staatsarchiv nutzt bereits im Rahmen eines Mietvertrags die Räumlichkeiten des alten Parlaments. Außerdem ist die Gebäuderegie immer noch an einem Kauf der Immobilie interessiert, muss allerdings bekanntlich auf ein Urteil des Staatsrates warten, auf das wir als ostbelgische Regierung keinerlei Einfluss haben.

Der Umzug des Parlaments ins vormalige Sanatorium hat für die Pater-Damian-Schule bereits positive Effekte gehabt: Die neue Aula und die Einrichtung der Mediothek im alten Turnsaal hätten nicht in dieser Form verwirklicht werden können, wenn das Parlament an seinem alten Platz geblieben wäre.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

HERR FRECHES, stellvertretender Vorsitzender: Gibt es Nachfragen oder Bemerkungen? Dem ist nicht so. Der Fragesteller hat das Wort.

HERR FRANZEN: Vielen Dank für die Antwort, Herr Minister!

Ich kann verstehen, dass Sie aufgrund der laufenden Gespräche heute noch keine Auskünfte geben möchten und geben können. Ich wäre Ihnen aber dankbar, wenn Sie den Ausschuss informieren könnten, sobald eine spruchreife Entscheidung getroffen wurde.

HERR FRECHES, stellvertretender Vorsitzender: Möchten Sie reagieren, Herr Minister? Das ist nicht der Fall. Somit übergebe ich Herrn Franzen wieder den Vorsitz.

Die Behandlung der Frage ist abgeschlossen.

Mündliche Frage von Herrn Mertes an Herrn Minister Mollers bezüglich der überfüllten Busse am Eupener Bushof

HERR FRANZEN, Vorsitzender: Wir kommen zur Frage von Herrn Mertes an Herrn Minister Mollers bezüglich der überfüllten Busse am Eupener Bushof.

HERR MERTES: Sehr geehrte Damen und Herren! Am 16. März erschien im *GrenzEcho* im Rahmen der Aktion „Journalist für einen Tag“ ein Artikel mit dem Titel „Drückst du noch oder bist du schon drin?“. Die Autoren, Schülerinnen des Königlichen Athenäums Eupen, berichteten darin von skurrilen, verstörenden Szenen, die sich nachmittags am Eupener Bushof abspielen. So komme es jeden Nachmittag in den Bussen zu einer regelrechten Jagd auf die Sitzplätze, da der Andrang oft so groß sei und die Busse dermaßen überfüllt seien, dass manche Schüler nicht mehr hineingelangten. Oft würden die Schüler gegen die Türen gedrückt, Schultaschen gingen verloren oder es bestehe sogar die Gefahr, vor einen fahrenden Bus gestoßen zu werden.

Diese Situation ist unangenehm und untragbar für alle Beteiligten, ob Schüler oder Busfahrer. Auf Nachfrage bei den Verantwortlichen des Eupener Busdepots wurde den Schülern mitgeteilt, dass die TEC Eupen keine Entscheidungsgewalt in dieser Angelegenheit habe und nur an die TEC Lüttich gerichtete Beschwerden Aussicht hätten, eine Verbesserung herbeizuführen.

Was die Schülerinnen in ihrem Artikel schildern, erinnert an die Debatte, die wir im vergangenen Jahr im Ausschuss zu den überfüllten Bussen der Linie 401 geführt haben. Diese Debatte ist letzten Endes in einen Resolutionsvorschlag und in Gespräche mit der TEC gemündet. In diesem Zusammenhang waren mehrere Zählungen der Passagiere in den Bussen der betroffenen Linie vorgenommen und Strecken umdisponiert worden, um die Anzahl Fahrgäste zu reduzieren. Das Problem war schließlich am 12. Dezember in einem Gespräch zwischen Vertretern der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Französischsprachigen Gemeinschaft und Verantwortlichen der TEC erörtert worden, um etwaige Lösungen zu finden.

Vor diesem Hintergrund lauten meine Fragen an Sie:

1. Was hat die Regierung im Zusammenhang mit der im besagten Artikel beschriebenen Situation in Eupen unternommen?
2. Welche Reaktionen gab es seitens der TEC?
3. Obwohl die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht zuständig ist, hat sie die Möglichkeit, indirekt Druck auszuüben, z. B., indem sie die Polizei bittet, volle Busse zu kontrollieren und bei Übertretung der Normen entsprechend zu handeln. Wurden solche oder andere Aktionen bereits durchgeführt?

HERR FRANZEN, Vorsitzender: Herr Minister, Sie haben das Wort.

HERR MOLLERS, Minister: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Werte Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie in Ihrer Frage zu Recht anmerken, Kollege Mertes, hat es zu dem Thema der überfüllten Schülerbusse vor allem zu Beginn des Schuljahres mehrere Kontakte mit den Verantwortlichen der TEC gegeben, so u. a. ein Treffen im Kabinett des zuständigen wallonischen Ministers Carlo Di Antonio, an dem Vertreter unseres Ministeriums und meines Kabinetts teilgenommen haben.

Zu Beginn des Schuljahres 2016–2017 hat die TEC auf die Beschwerde der Gemeinde Büllingen unverzüglich reagiert und eine Optimierung der Strecken vorgenommen, so dass die Busse nun gemäß den Normen der TEC nicht mehr überfüllt sind.

Die TEC bestätigte auf unsere Nachfrage zu dem von Ihnen genannten Zeitungsartikel, dass die Busse zwar voll seien, die festgelegte Norm aber nicht überschritten werde. Auch sei seitens des Bushofs Eupen keine Meldung oder Beschwerde eingegangen.

Problematisch scheint meiner Meinung nach vor allem die Tatsache, dass die Norm zwar von einer maximalen Anzahl Personen spricht, aber keineswegs die teilweise sehr platzraubenden Schultaschen berücksichtigt. Auch mir ist die Sicherheit unserer Schülerinnen und Schüler sehr wichtig; das haben wir in der Vergangenheit durch unsere Interventionen schon unter Beweis gestellt.

Die Polizei haben wir bisher noch nicht um ihre Hilfe gebeten. Denn auch sie wird nur feststellen können, ob die gesetzlichen Normen tatsächlich eingehalten werden, aber sie wird die Normen nicht verändern können. Und genau dort, auf Ebene der Normen, liegt meines Erachtens das eigentliche Problem. An diesen Normen kann allerdings auch die TEC nichts ändern.

Wir leiten selbstverständlich alle Beschwerden weiter, die bei uns eingehen, und weisen immer wieder auf die teilweise sehr bedenklichen Zustände in den TEC-Bussen hin. Wir sind jedoch auf ein Entgegenkommen der TEC angewiesen. Die Ausübung von Druck wird das Problem nicht lösen, solange die geltenden Normen eingehalten werden.

Ich erinnere daran, dass die öffentliche Personenbeförderung eine Zuständigkeit der Wallonischen Region ist und die Deutschsprachige Gemeinschaft diesbezüglich keine Befugnis hat. In der Wallonischen Region wird der ÖPNV von der TEC bewerkstelligt, die hier ein Quasi-Monopol innehat. Die Deutschsprachige Gemeinschaft darf ausschließlich dort Strecken organisieren, wo die TEC keine Strecke anbieten will, und bei den Schülertransporten, die wir selbst organisieren, hat jedes Kind in der Regel einen Sitzplatz.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

HERR FRANZEN, Vorsitzender: Gibt es Nachfragen oder Bemerkungen von anderen Ausschussmitgliedern? Das ist nicht der Fall. Herr Mertes, Sie möchten reagieren.

HERR MERTES: Das Problem ist in der Tat bekannt und wir haben schon oft darüber diskutiert. Dennoch habe ich den Eindruck, dass vonseiten der TEC eine gewisse Passivität festzustellen ist, denn auch wenn sie die Normen einhält, sind die Probleme nicht grundsätzlich gelöst. Dessen ist sich auch die TEC bewusst. Sie könnte reagieren, wenn sie wollte, auch wenn die Normen nicht abgeändert werden.

Hinter der ganzen Sache steckt natürlich wieder einmal der finanzielle Aspekt. Meiner Meinung nach darf aber die Sicherheit der Schüler nicht an den Finanzen scheitern.

Laut OECD steht Belgien an erster Stelle, was die Steuerabgaben betrifft. Deshalb dürfen die Bürger, die diese Steuern entrichten, auch erwarten, dass ihre Kinder in sicheren Bussen zur Schule transportiert werden.

Vielleicht gibt es noch andere Möglichkeiten, um Druck auszuüben. Ich habe in meiner Frage die Polizei ins Spiel gebracht, weil ich glaube, dass es Sinn hat, die Situation vor Ort von der Polizei überprüfen zu lassen. Es mag sein, dass die TEC behauptet, die Normen würden nicht überschritten, aber ich meine, die Polizei würde die Situation eher objektiv prüfen.

Mein Appell geht auch dahin, nach anderen Mitteln und Wegen zu suchen, wie man eine Verbesserung erreichen kann. Man sagt nicht umsonst: Steter Tropfen höhlt den Stein. Wenn wir tatenlos zusehen, befürchte ich, dass wir irgendwann vor noch größeren Problemen stehen, beispielsweise, wenn es zu einem Unfall kommt. Und das kann nicht im Interesse der Beteiligten sein.

HERR FRANZEN, Vorsitzender: Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, ist diese Frage abgehandelt.

Die Behandlung der Frage ist abgeschlossen.

Mündliche Frage von Frau Neycken-Bartholemy an Herrn Minister Mollers zu den Zugangsprüfungen an frankofonen Universitäten

Behandelt in der Sitzung des Ausschusses III vom 13. April 2017

HERR FRANZEN, Vorsitzender: Wir kommen zur Frage von Frau Neycken-Bartholemy an Herrn Minister Mollers zu den Zugangsprüfungen an frankofonen Universitäten.

FRAU NEYCKEN-BARTHOLEMY: Werter Herr Minister! Ende März hat das Parlament der Föderation Wallonie-Brüssel grünes Licht für die Einführung von Zugangstests für die Studiengänge Medizin und Zahnmedizin gegeben. Jeder, der künftig an einer frankofonen Fakultät einen der beiden Studiengänge belegen möchte, wird einen solchen Test bestehen müssen.